

die eventuell auf terroristische Mittel gegen uns zurückgreifen, genau wie diejenigen, die es in Betracht ziehen, Massenvernichtungswaffen zu benutzen, verstehen, dass sie sich einer strengen und angemessenen Reaktion von unserer Seite aussetzen. Diese Reaktion kann konventionell sein. Sie kann aber auch anderer Natur sein.

Seit ihren Anfängen ist die Abschreckung stets an ihr Umfeld und an die Einschätzung der Bedrohung, an die ich soeben erinnert habe, angepasst worden – in Theorie und Praxis. Wir sind in der Lage, einer starken Macht, die Interessen gefährdet, welche wir für vital halten, Schaden jeder Art zuzufügen. Einer Regionalmacht gegenüber müssen wir nicht zwischen Untätigkeit oder Vernichtung wählen. Die Flexibilität und Reaktionsfähigkeit unserer strategischen Kräfte würden es uns erlauben, unsere Antwort direkt gegen ihre Machtzentren und ihre Handlungsfähigkeit zu richten. Unser gesamtes nukleares Potential wurde in diesem Sinne ausgerichtet. Zu diesem Zweck wurde zum Beispiel bei einigen Raketen unserer U-Boote die Anzahl der Atomsprengköpfe reduziert.

Aber unser Konzept der Anwendung von Nuklearwaffen bleibt dasselbe. Es darf auf keinen Fall die Rede davon sein, atomare Mittel während eines Konflikts zu militärischen Zwecken einzusetzen. In diesem Sinne wird das nukleare Potential bisweilen als „Waffe zum Nichtgebrauch“ qualifiziert. Diese Formel darf jedoch keinesfalls Zweifel an unserer Absicht und unserer Fähigkeit entstehen lassen, unsere Atomwaffen einzusetzen. Die glaubwürdige Drohung ihres Einsatzes lastet pausenlos auf Staatschefs, die uns gegenüber feindliche Absichten hegen. Sie ist notwendig, um diese zur Vernunft zu bringen, um ihnen bewusst zu machen, welchen unermesslichen Preis ihr Handeln hätte – für sie selbst und für ihre Staaten. Darüber hinaus behalten wir uns selbstverständlich immer das Recht vor, eine letzte Warnung zu benutzen, um unsere Entschlossenheit zu zeigen, unsere vitalen Interessen zu verteidigen.

Also haben sich die Grundsätze unserer Abschreckungsdoktrin nicht verändert. Aber die Art, wie diese zum Ausdruck kommen, hat sich weiterentwickelt und wird sich noch weiter entwickeln, damit wir uns unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts behaupten können. [...]

„Erfordernis eines erneuerten Dialogs“

Gemeinsame Erklärung von Kofi Annan (UNO), Ekmeleddin Ihsanoglu (OIC) und Javier Solana (EU) zum „Karikaturenstreit“ vom 7. Februar 2006 (Wortlaut)

Javier Solana, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), UN-Generalsekretär Kofi Annan und Ekmeleddin Ihsanoglu, Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), veröffentlichten am 7. Februar gleichzeitig in New York, Dschiddah und Brüssel die nachfolgend dokumentierte beschwichtigende Erklärung zum „Karikaturenstreit“. – D. Red.

Wir sind zutiefst beunruhigt über das Echo auf die Veröffentlichung von Karikaturen, die den Propheten Mohammed beleidigen, vor einigen Monaten in Dänemark und ihre anschließende Wiederveröffentlichung in einigen anderen europäischen Zeitungen sowie die Akte der Gewalt, die als Reaktion darauf erfolgten.

Der Schmerz in der islamischen Welt angesichts der Veröffentlichung dieser anstößigen Karikaturen wird von allen Individuen und Gemeinschaften geteilt, die sich der Empfindlichkeit tief empfundener religiöser Glaubensüberzeugungen bewusst sind. In allen Gesellschaften besteht die Notwendigkeit, mit Themen von besonderer Bedeutung für Anhänger gleich welcher Glaubensrichtung empfindsam und verantwortungsbewusst umzugehen; das gilt selbst für jene, die die betreffende Glaubensüberzeugung nicht teilen.

Wir halten am Recht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt fest. Aber wir verstehen die Gefühle tiefer Verletzung und die weit verbreitete Entrüstung in der muslimischen Welt. Zur Pressefreiheit gehört nach unserer Überzeugung Verantwortungsbewusstsein und

Taktgefühl; sie sollte die Glaubensüberzeugungen und Grundsätze aller Religionen respektieren.

Wir glauben aber auch, dass die jüngsten Gewalttätigkeiten die Grenzen eines friedlichen Protests überschreiten. Besonders die beklagenswerten Angriffe auf diplomatische Vertretungen, zu denen es in Damaskus, Beirut und anderswo gekommen ist, verurteilen wir entschieden. Angriffe auf Leben und Eigentum können dem Image eines friedlichen Islam nur schaden. Wir rufen die Behörden aller Staaten auf, alle diplomatischen Einrichtungen und ausländischen Staatsbürger vor gesetzwidrigen Angriffen zu schützen.

Diese Geschehnisse verleihen dem Erfordernis eines erneuerten Dialogs, zwischen und innerhalb verschiedener Glaubensgemeinschaften und den Verantwortlichen unterschiedlicher Staaten, um so größere Dringlichkeit. Wir appellieren an sie, zu Ruhe und Zurückhaltung aufzurufen, im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Respekts.

New York, Dschiddah und Brüssel, den 7. Februar 2006

Kofi A. Annan

Ekmeleddin Ihsanoglu

Javier Solana

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag:	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Meckenheimer Allee 103, 53115 Bonn; Postfach 2831, 53018 Bonn.
Verlagsleitung:	Karl D. Bredthauer, E-Mail: karl.bredthauer@blaetter.de.
Geschäftsführerin:	Annett Mängel, Telefon 030/30 88 36 43, Fax 030/30 88 36 45.
Bankverbindung:	Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502, IBAN: DE54 3701 0050 0147 9935 02, BIC: PBNKDEFF.
Vertrieb:	Blätter Verlagsgesellschaft mbH, PF 54 02 46, 10042 Berlin.
Vertriebsleitung:	Daniel Leisegang, Telefon 030/30 88 36 44, Fax 030/30 88 36 45. E-Mail: abo@blaetter.de – Internet: www.blaetter.de
Redaktion:	Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
Anschrift:	Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 54 02 46, 10042 Berlin. Telefon 030/30 88 36 40 (Zentrale), 030/30 88 36 42 (v. Lucke), 030/30 88 36 43 (Mängel), 030/30 88 36 41 (Scharenberg), Fax 030/30 88 36 45. E-Mail: redaktion@blaetter.de.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. übernehmen wir keine Gewähr.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Anzeigen:	Annett Mängel 030/30 88 36 43. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 17.
Satz:	Klaußner Medien Service GmbH, Köln.
Layout:	Tinbrain, Berlin.
Druck:	Druckhaus Locher GmbH, Köln.

An dieser Ausgabe wirkten als Redaktionspraktikantinnen Jana Günther und Stephanie Kaßing mit.

Blätter-Gesellschaft: Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 10 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Wurzerstr. 136, 53175 Bonn; Geschäftsstelle: PF 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1 028 71 700.

Preise: Einzelheft 8,50 Euro, im Abonnement jährlich 66,60 Euro bzw. 50,40 Euro (Mindestpreis). Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/2006 wird am 31. 3. 2006 ausgeliefert.

Betr.: Luciano Canfora, Stalins nützliche Idioten? In: „Blätter“ 2/2006, S. 183-192. Die deutsche Ausgabe von Canforas Essay „La Democrazia. Storia di un'ideologia“, der wir den Vorabdruck in den Februar-„Blättern“ entnahmen, wird im März bei PapyRossa in Köln als Buch erscheinen. Der Verlag weist darauf hin, dass der Text auf einer Übersetzung von Rita Seub basiert, die mit dem italienischen Original abgeglichen wurde. – D. Red.
